

Die Kommission beriet danach fast ein Jahr. Ein grosser Teil der Diskussion verschob sich in diesen Prozess. Das Kriterium der Hochschulabschlusses für Anwälte, die Bildung der Prüfungskommission mit fünf Mitgliedern und die Möglichkeit für Rechtsagenten vor allen Instanzen zu vertreten, wurden kurz von der Kommissionsvertretung behandelt. Andere Fragen kamen nicht mehr in den Diskurs, zum Beispiel das Problem der ausländischen Revisoren oder das Verbot von Werbung mit der Konzession. Am Ende war das meiste eine Diskussion um die Grammatik und Sprache des alten österreichischen Rechtstextes. Regierungschef Gerard Batliner gab Antworten und nahm Anregungen entgegen, hauptsächlich in der ersten Sitzung. Oft nahm er die Vorschläge salopp entgegen: „Man kann sich das überlegen.“ oder „Ja, ich habe da nichts einzuwenden.“ hiess es von seiner Seite.¹³⁴ Die Regierung verhielt sich sehr assertiv. In der zweiten und dritten Lesung vertrat die Kommission, mit Ivo Beck als Ansprechperson, die Vorlage. Aus der Regierungsvorlage wurde eine Kommissionsvorlage.¹³⁵

Mehrheitlich waren Juristen an der Diskussion beteiligt. Die Berufsverbände kritisierten diesen Umstand zu Recht. Ivo Beck und Ernst Büchel meldeten sich oft, ebenso Peter Marxer. Karlheinz Ritter war seltener in der letzten Sitzung beteiligt. Es gab vereinzelt auch Meldungen von anderen Abgeordneten. Auffallend waren hier die Meldungen des Abgeordneten Malin zur Sprache des Gesetzestext in der letzten Sitzung. Seine Aussagen deuteten seinen Kulturwissenschaftlichen Hintergrund an. In die Arbeitskommission wählte man auch fachfremde Berufsleute.

Interessenkonflikte der Personen mit ihrem Berufsfeld thematisierte man nicht. Ivo Beck, Karlheinz Ritter und Peter Marxer führten Anwaltskanzleien und betreuten Gesellschaften. Es ist wahrscheinlich, dass einige andere Parlamentarier Mandate oder Aufsichtsratspflichten für ausländische Unternehmen hatten.¹³⁶ Unter diesem Aspekt erscheint es nicht erstaunlich, dass sich viele für die Kriterien der Konzessionierung und den Umgang mit den eingessenen Vermögensverwaltern interessierten.

Die Parteien arbeiteten sehr kooperativ. In der ersten Sitzung schienen oppositionelle Vorstösse zu bestehen, beispielsweise die Kritik von Ivo Beck an Büchel wegen der Besetzung der Prüfungskommission. Der Schutz der alteingesessenen Treuhänder wurde vor allem von Vertretern der VU betont. Auffällig war das Beharren der Partei auf die Herausgabe einer Liste der Treuhänder und Anwälte. Vertreter der VU, Cyrill Büchel,

¹³⁴ Ltp vom 29.11.67, S. 330.

¹³⁵ Vgl. Ltp vom 13.11.68, S. 240-242.

¹³⁶ Vgl. Merki: Wirtschaftswunder Liechtenstein, S. 158-160.